

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Februar 2012

10. Februar 2012

Schuldenkrise/ Europäischer Fiskalpakt

Erklärung von Rat und
Kommission

Besuch von Mario Monti

Debatte am Mittwoch,
15. Februar

Reinhard Bütikofer MdEP
Büro +33 3 881 75816

Hintergrund: Der italienische Ministerpräsident Mario Monti wird das Straßburger Plenum besuchen. Es geht um zahlreiche Fragen im Vorfeld des anstehenden EU-Gipfels im März. Unlängst haben sich 25 EU-Staaten auf den "Europäischen Fiskalpakt" verständigt, der Schuldenbremsen in nationalem Recht verankern will. Zugleich läuft die Debatte um neue Griechenlandhilfen/Griechenland-Haircut/Griechenland-Default. Frau und Herr Merkozy fordern in dem Zusammenhang ein Sperrkonto für griechische Staatseinnahmen, durch das Griechenland faktisch die Hoheit über seinen Staatshaushalt verlieren würde.

Grüne Position: Den Fiskalpakt sieht die Grüne/EFA Fraktion kritisch: Erstens, weil die Vereinbarungen entweder schon Teil des Sekundärrechts sind oder im Rahmen der europäischen Verträge umsetzbar gewesen wären. Zweitens, weil die Vereinbarkeit des Pakts mit EU-Recht in Teilen fraglich ist. Drittens, weil das Abkommen wirtschaftspolitisch unausgewogen ist. Nachhaltige Haushaltspolitik muss durch nachhaltiges Wachstum flankiert und überhaupt mittelfristig möglich gemacht werden.

Die Sparanstrengungen in Griechenland reichen zwar insgesamt nicht aus, aber es wäre falsch anzunehmen, dass ihre aktuelle Verschärfung zu einem Ausweg aus der Krise beitragen könnte. Deutsch-französische Forderungen nach einem Sperrkonto für griechische Staatseinnahmen lehnen wir Grüne ab. Der Vorschlag ist absurd.

Milch und Milcherzeugnisse

Bericht James Nicholson
(EKR, Großbritannien)

*"Vertragsbeziehungen im Sektor
Milch und Milcherzeugnisse"*

Ordentliche Gesetzgebung,
1. Lesung

Debatte am Dienstag,
14. Februar

Abstimmung am Mittwoch,
15. Februar

Martin Häusling MdEP
Büro +33 3 881 75820

Hintergrund: Die Erzeugerpreise für Milch brachen zwischen 2007 und 2009 ein, die Existenz vieler Milchbauern in der gesamten Europäischen Union war gefährdet. Faktoren wie die Finanzkrise und die damit verbundenen Preisschwankungen bei Rohstoffen ließen die Kosten für z.B. Futtermittel und Energie erheblich ansteigen. Ein EU- und weltweiter Nachfragerückgang verschärfte die Lage weiter. Angesichts dieser Entwicklung wurde 2009 eine hochrangige Expertengruppe „Milch“ eingesetzt, um einen Regulierungsrahmen zur Stabilisierung des Marktes zu erarbeiten.

Grüne Position: Die Idee die Marktmacht der Landwirte zu stärken ist im Prinzip richtig, doch die Ausführung schon im Kommissionsentwurf unzureichend und nach den Verhandlungen zwischen Rat und Parlament eher noch schlechter. Die Grünen kritisieren, dass Mitgliedsstaaten entscheiden sollen, ob Verträge zwischen Bauern und Molkereien verpflichtend sind. Für Genossenschaftsmolkereien sollen verpflichtende Verträge nicht gelten, obwohl Landwirte auch hier kaum Einfluss auf die Preisbildung haben. Die Grüne Forderung nach einer EU-Preismonitoringstelle wurde nicht berücksichtigt. Dass die Erzeuger sich nur bis zu einer Menge von 3,5 Prozent der EU-Milchmenge bündeln dürfen, stärkt die schwache Position gegenüber Molkereien nicht ausreichend. Aus

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



diesen Gründen werden die Grünen den Vorschlag ablehnen.

EU-Nahrungsmittelhilfen

Czesław Adam Siekierski
(EVP, Polen)

*"Abgabe von Nahrungsmitteln
an Bedürftige in der Union"*

Ordentliche Gesetzgebung,
Zweite Lesung

Debatte am Dienstag,
14. Februar

Abstimmung am Mittwoch,
15. Februar

Martin Häusling MdEP
Büro +33 3 881 75820

Hintergrund: Der mit dem Rat der Mitgliedsstaaten erzielte Kompromiss zur Nahrungsmittelhilfe an Bedürftige sieht vor, dass bis einschließlich 2013 jährlich 500 Millionen Euro für die Nahrungsmittelhilfe an Bedürftige zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel dazu werden zu 100 Prozent von der Europäischen Union bereitgestellt. Über die Verlängerung dieser Nahrungsmittelhilfe für Bedürftige wird nun im Europäischen Parlament in zweiter Lesung entschieden.

Grüne Position: 79 Millionen Menschen in der EU leben unter der Armutsgrenze und mindestens 16 Millionen erhalten Lebensmittelhilfen. Die erschreckend hohe Anzahl an Bedürftigen zeigt, dass die EU-Mitgliedsstaaten auch selbst gefordert sind. Die Europäische Union leistet mit der Nahrungsmittelhilfe einen positiven Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in der Union. Die Grünen werden dem Gesetzesvorschlag zustimmen, so dass das Programm bis Ende 2013 weiterlaufen kann.

Demokratie in Ungarn

Resolution des
Europäischen Parlaments

und

Mitteilung der Europäischen
Kommission

Abstimmung der Resolution
am Donnerstag,
16. Februar

Kommissionsmitteilung am
Dienstag,
14. Februar

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75234

Hintergrund: Die Debatte über die Einhaltung demokratischer Grundrechte im EU-Mitgliedsland Ungarn geht in eine weitere Runde. Premier Orbán ist seit Amtsantritt im Jahr 2010 mit vielen seiner Reformen international stark in die Kritik geraten. Beispiele sind das Mediengesetz, Einschränkungen der Unabhängigkeit der Zentralbank und die neue Verfassung. Nach einer intensiven Debatte im Straßburger Plenum im Januar, in der insbesondere die Europäische Volkspartei keine klaren Worte gegen Orbáns Maßnahmen finden konnte, wird das Parlament nun am Donnerstag in Straßburg eine Resolution zu den politischen Entwicklungen in Ungarn verabschieden. Zudem wird kommende Woche eine Mitteilung der EU-Kommission zu den drei laufenden Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn erwartet.

Grüne Position: Demokratische Grundwerte sind für die Grüne Europafraktion nicht verhandelbar. Die Europäische Union muss jetzt dafür sorgen, dass für ein EU-Mitgliedsland dieselben klaren Kriterien gelten wie bei einem Beitrittsland. Verstöße sind inakzeptabel und müssen in aller Deutlichkeit verurteilt werden. Das von der EU-Kommission bereits eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ist ein erster Schritt, aber muss auf weitere Bereiche ausgeweitet werden. Die Grünen fordern, die Vereinbarkeit von Orbáns Vorstößen mit den Grundrechten der Europäischen Union durch ein Verfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge zu überprüfen. Bislang scheidet das aber vor allem an der Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), deren Mitglied Orbáns Fidesz-Partei ist.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Russland

Resolution des
Europäischen Parlaments

Die Debatte fand am Mittwoch,
1. Februar, in Brüssel statt

Abstimmung am Donnerstag,
16. Februar

Werner Schulz MdEP

Büro +33 3 881 75399

Hintergrund: Im März finden in Russland die Präsidentschaftswahlen statt. Aussichtsreichster Kandidat ist Putin, dessen Partei "Einiges Russland" bei den Parlamentswahlen 2011 als Sieger hervorgegangen ist. Dabei wurden von nationalen und internationalen Beobachtern erhebliche Wahlmanipulationen festgestellt. Danach kam es zu Protesten, an denen sich Zehntausende beteiligt haben. Das EP hat in seiner Dezember-Resolution die Forderungen der Demonstranten aufgegriffen und die Aufklärung der Vorwürfe, Änderungen im Wahlgesetz und danach - auf Grüne Initiative - Neuwahlen gefordert. Bezüglich der Präsidentschaftswahlen sind Fälschungen zu befürchten. In Straßburg wird nun eine neue Russland-Resolution abgestimmt.

Grüne Position: Die Grünen fordern für die Resolution weiterhin Duma-Neuwahlen nach der Registrierung und Zulassung aller Oppositionsparteien sowie der Schaffung gleicher und fairer Wahlkampfbedingungen. Grüne Unterstützung findet auch die Forderung der Liga der Wähler nach Freilassung aller 36 von ihnen genannten politischen Gefangenen, darunter Chodorkowsky und Lebedev. Eine strategische Partnerschaft EU-Russland macht nur Sinn, wenn sie auf gemeinsamen demokratischen Werten und der Einhaltung von Menschenrechten beruht. Es ist zynisch, wenn Putin einen runden Tisch für Syrien in Moskau anbietet, aber den Dialog mit der eigenen Opposition verweigert. Die russische Glaubwürdigkeit hängt auch davon ab, ob es jetzt zu fairen und freien Wahlen kommt. Internationale und nationale Wahlbeobachter müssen uneingeschränkt zugelassen werden. Angesichts der Betrugsvorwürfe bei den Wahlen ist die Zusammenarbeit in der EU-Russland-Delegation grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls neu zu justieren.

Eurobonds / Stabilitätsbonds

Anfrage des Wirtschafts- und
Währungsausschusses an die
Europäische Kommission

mit Resolution

Debatte am Dienstag,
14. Februar

Abstimmung am Mittwoch,
15. Februar

Sven Giegold MdEP

Büro +33 3 881 75369

Hintergrund: Die Krisenländer der Eurozone, vor allem Griechenland und Portugal, kämpfen weiterhin mit der Finanzierung ihrer Schuldenlast. Durch Eurobonds könnten sich diese Länder günstiger als momentan finanzieren und einen größeren finanziellen Spielraum schaffen.

Grüne Position: Die Grünen unterstützen die Anfrage des Ausschusses für Wirtschafts- und Währung zur Machbarkeit von Eurobonds bzw. Stabilitätsanleihen an die Europäische Kommission. Im Anschluss an das Grünbuch der EU-Kommission zu diesem Thema, soll diese Anfrage die Debatte über Stabilitätsanleihen neu beleben. In Kombination mit Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung würden die Anleihen den Krisenstaaten wieder Luft zum Atmen verschaffen. Stabilitätsanleihen zeigen einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Abwärtsspirale auf und sind deshalb auch ein wichtiger Schritt aus der Eurozonen-Krise.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Jahreswachstumsbericht für 2012

Bericht Marije Cornelissen
(Grüne/EFA, Niederlande)

*"Beschäftigungs- und
sozialpolitische Aspekte im
Jahreswachstumsbericht 2012"*

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung am
Mittwoch, 15. Februar

Elisabeth Schroedter MdEP
Büro +33 3 881 75234

Hintergrund: Mit Blick auf den Europäischen Rat im März debattiert das EU-Parlament den Jahreswachstumsbericht 2012. Die Grünen haben im Beschäftigungsausschuss einen Initiativbericht dazu durchsetzen können. Der Jahreswachstumsbericht stellt den Fortschritt in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der Mitgliedsstaaten dar, wie sie die Ziele der EU2020-Strategie erreichen, also intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum mit einer höheren Beschäftigungsquote, weniger Armut und einem erhöhten Engagement in Forschung, Bildung, Energie und Klimawandel.

Grüne Position: Mit dem Initiativbericht legt das EU-Parlament eine eigene Beurteilung des Jahreswachstumsberichts und des Fortschritts der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die EU2020-Ziele vor. Erfreulich ist, dass die Grünen Linien nach der ersten Abstimmung im Bericht erhalten geblieben sind. Der Bericht kritisiert die Kommission, weil sie die Ziele der EU2020-Strategie nicht ausgewogen behandelt. Wie 2011 liegt der Schwerpunkt des Jahreswachstumsberichts auf Haushaltskonsolidierung. Daher plädiert der Grüne Bericht für zusätzlichen Spielraum bei Investitionen in nachhaltige Beschäftigung. Darüber hinaus ist es auch in der Krise wichtig, dass soziale Sicherungssysteme stabil bleiben. In der Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten fehlen außerdem Strategien zu nachhaltigen Jobs, die angemessen bezahlt werden. Gleichzeitig wollen die Grünen, dass trotz der Krise Frauen in der Arbeitswelt mehr gefördert werden.

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Telefon: +32 228-44683
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Telefon: +32 228 32107
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu